

doch auf die „vierte Macht“ kann eine demokratische Gesellschaft nicht verzichten

steht unter massivem Druck

ökonomischem Druck durch wegbrechende Werbeeinnahmen einhergeht. Medienforscher Alternative. Dem demokratischen Entscheidungsprozess setzt die Krise der Medien jedenfalls zu.

überspitzten oder gar falschen Nachrichten ausgelegt sind. Dazu kommt eine neue Form der Gerüchteverbreitung durch soziale Medien. „Im Internet und den sozialen Netzwerken hat sich eine große Gegenöffentlichkeit etabliert. Viele geteilte Berichte und Posts erlangen schnell Wahrheitsstatus, auch wenn sie sich später als unhaltbare Gerüchte herausstellen“, sagt Trappel.

Der Medienforscher Fritz Hausjell schlägt vor, dass klassische Medien diesen Gerüchten nachgehen sollten. Diese gelangten „ohnehin an die Endnutzer“, sagt Hausjell. Medien agierten nicht mehr im abgeschlossenen Raum. Trappel will den klassischen Journalismus nicht mehr als defensiven und exklusiven Gatekeeper verstehen, er sei vielmehr „offensiver Agent der Suche nach den relevanten Informationen und Interpretationen“. Medien können dies auch nutzen, um etwa mit einer breiten Masse an Nutzern zu kooperieren oder Hinweise zu erhalten.

Infos aus sozialen Medien

Um Nachrichten zu konsumieren, greifen laut Reuters Digital News Report 2016 rund 48 Prozent aller Österreicher auf soziale Medien zurück. Erstgereiht ist Facebook, dahinter folgen Youtube und Whatsapp. Auf Facebook kann jeder Nutzer sein Profil öffentlich machen oder eine eigene Seite gründen, um Nachrichten zu verbreiten. Für User kann es



Auf der Welle der Medienskopsis, die derzeit in der Bevölkerung beobachtbar ist, surfen einige Politiker.

Uwe Hasebrink



dadurch oft schwierig sein, die Quelle der Meldung zu überprüfen. Oft wird Freunden vertraut, die bestimmte Nachrichten teilen; ohne dass diese selbst recherchieren, ob es sich bei dem Urheber um einen professionellen Journalisten, einen Aktivist oder einen Verschwörungstheoretiker handelt.

Facebook leugnete den Einfluss von Fake-News anfangs, mittlerweile will die Plattform mit Medien zusammenarbeiten, um Falschmeldungen zu markieren.

Doch dass die Medien derzeit mit Vertrauensverlust kämpfen müssen, hat nicht nur etwas mit gezielt gestreuten Falschmeldungen oder böswilligen Angriffen zu tun, erklärt Helge Fahrnberger: „Es sind nicht nur die AfD-Mitglieder, die Lügenpresse rufen, die zur Erosion des Vertrauens in etablierten Journalismus beitragen, sondern auch seriöse und fundierte Medienkritik.“ Denn die Missstände in der Branche sind und waren immer da, und es sei um den klassischen Journalismus heute nicht schlimmer bestellt als in der Vergangenheit, denkt Fahrnberger.

Neu ist allerdings, dass Medienorganisationen selbst im Rampen-

licht stehen wie nie zuvor. Macht ein Journalist in seinem Artikel Fehler, verbreitet sich die Kunde davon in sozialen Medien in Windeseile. Diese neue Möglichkeit des direkten Feedbacks und der konstruktiven Kritik ist ein willkommenes Korrektiv einerseits, andererseits kann es vertrauensrodernd wirken.

Was in Österreich fehlt, so Fahrnberger, ist die Selbstkontrolle der Medien untereinander: „Der Medienmarkt ist bei uns zu klein, man möchte nicht den potenziellen zukünftigen Arbeitgeber anpatzen.“

Tatsächlich sucht man in der österreichischen Medienlandschaft

vergeblich eine umfassende Berichterstattung über journalistische Themen. In Deutschland blickt das Magazin *Zapp* des NDR regelmäßig hinter die Kulissen der Medienwelt. In Österreich gibt es neben Fahrnbergers Projekt *Kobuk.at* noch die Online-Plattform *dossier.at* die unregelmäßig, aber doch immer wieder Relevantes aus der Medienbranche berichtet.

Zu diesen Komplexen kommt, dass die Politik Medien zusehends anders behandelt. Die Politik war bislang auf Massenmedien angewiesen und befand sich mit ihr in einem nicht immer unproblematischen symbiotischen Verhältnis. Dieses Verhältnis scheint in westlichen Demokratien nun ein wenig aus dem Gleichgewicht zu geraten. Man hat den Eindruck,

dass einige politische Akteure, vor allem aus dem rechtspopulistischen Eck, den alten „Vertrag“ aufkündigen und offen signalisieren, dass sie die klassischen, nicht genehmten Medien daran hindern wollen, ihrer Kontrollaufgabe nachzukommen. Unbeliebte Journalisten werden nicht zu Pressekonferenzen zugelassen, bekommen keine Akkreditierungen für Veranstaltungen oder werden öffentlich angegriffen, wie Trump es gerne tut.

Welle der Medienskopsis

„Auf der Welle der Medienskopsis, die derzeit in der Bevölkerung beobachtbar ist, surfen einige Politiker, die Errungenschaften, die ich für nicht hinterfragbar gehalten habe, nun hinterfragen“,

sagt Hasebrink. „In einem Land wie den USA einen derartigen Umgang mit Medien zu erleben, hält man nicht für möglich. Da gerät eine Wertvorstellung ins Rutschen“, sagt der Medienforscher.

Medienbeobachter und Experten betonen, dass derzeit in Europa noch kein Grund für Alarmismus besteht, jedoch seien Vorsicht und Aufmerksamkeit nötig. „Das Diskreditieren von journalistischer Arbeit ist historisch ein Kennzeichen autoritärer Regime. Daher sind alle demokratischen Kräfte aufgefordert, die Medien vor unqualifizierter Kritik zu schützen“, sagt Josef Trappel von der Uni Salzburg. Das Ausmaß, in dem Medien in Österreich kritisiert werden, hält er jedoch noch nicht für demokratiegefährdend.

DEMOKRATIE
UNTER DRUCK



GESUNDHEIT!
weniger ist nicht mehr

wenigeristnichtmehr.at

#wenigeristnichtmehr
fb.com/wenigeristnichtmehr

WIR FORDERN:



Keine weiteren Einsparungen!
Bei der Gesundheit gilt: **Weniger ist nicht mehr.**



**Breites wohnortnahes Angebot und individuelle Wahlmöglichkeiten
statt einheitlicher Staatsmedizin!**



Das, was im **Gesundheitssystem** gut funktioniert,
endlich **ausbauen und weiterentwickeln!**